Frauke Petry: Schluss mit Ausgrenzung der AfD -Schweizer Politik als Vorbild nehmen!

Gelassenheit

Berlin, 08. September 2017. Mehrere Medien, unter anderem "Bild" und "Die Welt" berichten, dass es Überlegungen der bisher im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien gibt, AfD-Politiker nicht als Ausschussvorsitzende zu akzeptieren. Darüber hinaus wird über die Sitzordnung im Plenarsaal gestritten. Die AfD möchte man nicht neben der Regierungsbank, nicht in der Mitte und auch nicht neben der Linkspartei platzieren.

AfD-Bundessprecherin Frauke Petry, gleichzeitig Fraktionsvorsitzende im Sächsischen Landtag, kommentiert: "Fast kommt es mir so vor, als betrachteten die bisherigen Fraktionen den Bundestag als ihr Eigentum, dem unerwünschte ?Eindringlinge? mit aller Gewalt fernzuhalten sind. Mit zahlreichen, gleichzeitig aber ziemlich fragwürdigen Tricksereien, versuchen sie, einen demokratisch gefestigten Willen vieler Bürger dieses Landes zu negieren, ihn als obsolet zu deklarieren. Das ?Herz der Demokratie?, das Bundestagspräsident Lammert in seinen Reden so oft pries, scheint offenbar an Kammerflimmern zu kranken. Wenn andere Parlamentarier nicht mit einer Opposition zusammensitzen wollen, könnte man ihnen raten, das Mandat erst gar nicht anzunehmen. Die AfD könnte dann frei gewordene Plätze zügig besetzen und tatsächlich Politik machen, um die vielen Verfehlungen in diesem Land zu korrigieren und es zu retten.

Die Schweiz pflegt einen entspannteren Umgang. Beispiele aus den Kantonsparlamenten zeigen, dass Parteien über Grenzen sachlich miteinander zusammenarbeiten und festgefügte, auf Koalitionsverträgen oder der ?guten Ordnung? halber beruhenden Zwänge vielfach nicht kennen. Sie arbeiten für das Wohl des Volkes und sind dafür auch bereit, Ideologien oder Ressentiments zurückzustellen. Ein gewisses Maß dieser Schweizer Gelassenheit täte der deutschen Politik mehr als gut."

www.afdtelevision.de

22.08.2017 Dr. Frauke Petry AfD in Plauen. Mit Fragerunde. SEHENSWERT !!!
www.youtube.com/watch?v=n_EB6PUumxs

Pressekontakt

Alternative für Deutschland (AfD)

Herr Christian Lüth
Schillstraße 9
10785 Berlin

https://afd.de/presse/
christian.lueth@alternativefuer.de

Firmenkontakt

Alternative für Deutschland

Frau Dr. Frauke Petry und Prof. Dr. Jörg Meuthen
Schillstr. 9
10785 Berlin

https://afd.de
bgs@alternativefuer.de

Die am 6. Februar 2013 gegründete politische Partei Alternative für Deutschland ist in 2017 im Europaparlament und in 13 von 16 Landesparlamenten vertreten. Die Jugendorganisation heißt Junge Alternative, die Zeitung AfD Kompakt und die parteinahe Stiftung Desiderius-Erasmus-Stiftung.

Als freie Bürger treten die AfD-Mitglieder für direkte Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sowie soziale Marktwirtschaft, Föderalismus, Familienförderung und die gelebten Traditionen deutscher Kultur ein. In der Nachfolge der beiden Revolutionen von 1848 und 1989 artikulieren sie mit ihrem bürgerlichen Protest den Willen, die nationale Einheit in Freiheit zu vollenden und ein Europa zu schaffen, dessen souveräne demokratische Staaten einander in Frieden, Selbstbestimmung und guter Nachbarschaft verbunden sind.

Die AfD setzt sich dafür ein, Volksentscheide in Anlehnung an das Schweizer Vorbild auch in Deutschland einzuführen.

Die verdeckte Parteienfinanzierung, zum Beispiel durch Stiftungen, ist gänzlich aus dem Ruder gelaufen und macht mittlerweile jährlich etwa 600 Millionen Euro aus. Das entspricht dem Vierfachen der eigentlichen verfassungsgerichtlich aus gutem Grund beschränkten Parteienfinanzierung. Die AfD will daher, dass die gesamte staatliche Parteienfinanzierung auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt und begrenzt wird.

Die AfD strebt eine Neugestaltung des Wahlsystems an, die dem Wähler die Entscheidung über die personelle Zusammensetzung der Parlamente zurückgeben und das "freie Mandat" der Abgeordneten stärken soll. Die Parteimitglieder treten für die "freie Listenwahl" bei Landtags- und Bundestagswahlen ein, die unter anderem die Stimmverteilung auf mehrere Kandidaten oder das Streichen einzelner Kandidaten ermöglicht.

Um die Wahl des Bundespräsidenten transparenter und unabhängiger von Parteien durchführen zu können, wollen sie den Bundespräsidenten direkt durch das Volk wählen lassen.

Während Steuerhinterziehung auch bei vergleichsweise kleinen Beträgen in Deutschland verfolgt und bestraft wird, bleibt die ebenso das Gemeinwohl schädigende Steuerverschwendung straffrei. Die AfD will daher einen neuen Straftatbestand der Haushaltsuntreue einführen.

Anlage: Bild